



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

# KURZ-KNAPP-KAUFMANN

## DER WOCHENRÜCKBLICK (KW07 & KW08/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in den Kalenderwochen 07 & 08 im Februar 2022 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

*Michael Kaufmann*  
Ihr Michael Kaufmann

## KOMMENTAR: POLITIK & TAGESGESCHEHEN



12. Februar 22

### **Soziale Taxonomie - auf dem besten Weg in links-grünen Totalitarismus**

Auf dem besten Weg in linksgrünen Totalitarismus:

Nach der Öko-Taxonomie kommt die Soziale Taxonomie. Die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen prüft, „große Teile der europäischen Wirtschaft daraufhin zu untersuchen, ob sie unter dem Strich gesellschaftlichen Nutzen oder eher Schaden stiften“ Diese Art der Bewertung klingt nach nichts anderem als einem „Sozialkredit-System“, wie man es aus China kennt – mit dem Unterschied, dass es dort bereits zur kompletten Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung angewendet wird, und hier (zumindest vorerst), „nur“ Unternehmen damit reguliert werden sollen.

Im totalitären Kontrollwahn möchte man zukünftig Politiker und Beamte darüber entscheiden lassen, welche Unternehmen „gut“ und förderungswert sind, und welche als „schlecht“ eingestuft werden. Letztgenannte „Sozialschädlinge“ könnten konkrete wirtschaftliche Auswirkungen ihres Status zu spüren bekommen, etwa bei der Finanzierung durch Banken. Denn die Beurteilung soll privates Kapital dorthin lenken, wo es „den größten Nutzen für Mensch und Natur entfaltet.“ Die Vorstellung, dass Unternehmen möglicherweise künftig nach „Nutzen für die Gesellschaft“ beurteilt und gegebenenfalls aktiv vom Markt ausgegrenzt werden sollen, lässt einen frösteln. Immerhin geht es hier um eine rein subjektive Einstufung nach den Kriterien einer zentralen Behörde namens EU-Kommission. Wenn die Frage nach der Nützlichkeit eines Unternehmens nicht mehr von Kunden und Investoren, sondern von Politikern entschieden wird, hat das mit Freiheit nichts mehr zu tun. Ganz abgesehen davon, dass soziale Themen nicht zentral über Länder hinweg, sondern national geregelt werden müssen. Die EU-Kommission schreckt indes nicht davor zurück, diese bevormundende Regulierungswut als Maßnahmen „zum Wohle des Volkes“ zu verkaufen, während sie mit derartigen Plänen ihre Macht weiter ausbaut.

Die Europäische Union ist auf dem besten Weg zu einem planwirtschaftlichen Superstaat.

Quelle: Welt vom 11.02.22 „Gute Firma? Schlechte Firma? Jetzt plant Brüssel das nächste Nachhaltigkeits-Label“





16. Februar 22

## **Spaziergehen wirkt - jetzt heißt es: Weitermachen!**

Spaziergehen wirkt! Auf der heutigen Ministerpräsidentenkonferenz wurde beschlossen, dass die meisten der Corona-Maßnahmen bis zum 20. März in einem Drei-Stufen-System wegfallen sollen.

Aber Achtung:

Selbst ab der dritten und letzten Stufe soll die Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln und Innenräumen weiterhin gelten, und an dem Vorhaben, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen, wird nach wie vor festgehalten. Darüber hinaus ist vorgesehen, in bestimmten Bereichen Testerfordernisse vorzusehen, sowie die Pflicht zur Nachweisführung des Impf-, Genesenen- und Teststatus aufrecht zu erhalten.

Von einem sogenannten „Freedom Day“ ist das also noch weit ent-

fernt.

Es wirkt ein bisschen wie eine Beruhigungspille: „Tiefgreifende“ Lockerungen, um die Bürger milder zu stimmen und einzulullen, vermutlich auch, um die wachsenden Proteste einzudämmen.

Und genau das ist der Punkt:

Die friedlichen Spaziergänger, im unermüdlichen Kampf für die Grundrechte, wurden von den Regierenden durchaus wahrgenommen. Selbst ehemalige Corona-Maßnahmen-Hardliner stimmen plötzlich ganz neue Töne in Hinblick auf Maßnahmen und Impfpflicht an. So will etwa Ex-Corona-Sheriff Söder mit einem Mal die Impfpflicht für medizinisches Personal in Bayern nicht umsetzen. Um den blindlings weiter unermüdlich düstere Prophezeiungen verkündenden Lauterbach wird es hingegen immer einsamer. Der Druck von der Straße wirkt, und lässt das Pendel von einigen der regierenden Wendehälse scheinbar wieder in die andere Richtung ausschlagen.

Bleiben Sie also unbedingt am Ball, freuen Sie sich über jede Lockerung, aber lassen Sie sich nicht durch Salamiaktik oder ein paar hingeworfene Freiheitsbrocken einlullen, solange nicht alle Maßnahmen aufgehoben und der Impfpflicht vom Tisch ist. Die Chance auf Veränderung bis zur Beendigung aller Maßnahmen ist da, das haben die Proteste gezeigt.

Jetzt heißt es weitermachen.



21. Februar 22

## **Elektromobilität: Subventions-Abzocke im großen Stil**

Steuergeld- Missbrauch mit staatlicher Unterstützung? Subventions-Abzocke im großen Stil!

Bis zu 9000 Euro Prämie erhält ein Käufer eines neuen Elektroautos. Damit will der Staat Anreize für die Anschaffung setzen, um die E-Mobilität weiter auszubauen.

Einzig daran geknüpfte Bedingung ist, dass der stolze Neuwagenbesitzer sein E-Auto frühestens 6 Monate nach Erstzulassung weiterverkaufen darf.

Eine Regelung, mit welcher der deutsche Staat offensichtlich auch die Elektromobilität im Ausland subventioniert:

Bis zu 240 Millionen staatliche Fördergelder dürften alleine im vergangenen Jahr laut Untersuchung des CAM für reine Elektrofahr-

zeuge nicht zweckmäßig verwendet worden sein:

Findige Händler nutzen die Regelung aus, indem sie die Neuwagenprämie kassieren, um den Wagen dann nach 6 Monaten mit Gewinn in andere Staaten zu exportieren.

Im Sinne des deutschen Steuerzahlers kann das sicher nicht sein. Es herrscht daher akuter Handlungsbedarf: Dieses ehemals von der GroKo beschlossene Schlupfloch, das eine regelrechte Einladung zum Missbrauch zu sein scheint, muss umgehend geschlossen werden.

Wer aber nun glaubt, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) der Dringlichkeit Rechnung trägt, und der Betrugsmasche zeitnah einen Riegel vorschiebt, wird eines besseren belehrt:

Erst 2023 soll im Zuge der ohnehin für kommendes Jahr geplanten Förderänderungen eine Verlängerung der Haltedauer geprüft werden, wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte. Ist ja auch nicht das Geld unseres Wirtschaftsministers, sondern nur das der arbeitenden Bevölkerung, die Ideen wie diese, mit ihrem Steuergeld finanzieren muss.

Quelle: Spiegel Online vom 16.02.22 „Das miese Spiel mit der Elektroauto-Kaufprämie“



23. Februar 22

## **Nordstream 2-Stopp: Deutschland sanktioniert sich selbst**

Ukraine-Konflikt: Russland wird mit Nordstream 2-Stopp sanktioniert, Deutschland leidet in Folge unter explodierenden Energiepreisen, USA - der lachende Dritte?

Die Bundesregierung stoppte das Genehmigungsverfahren für die Erdgaspipeline Nordstream 2 und legte das Projekt damit vorerst auf Eis. Begründet wird das mit dem russischen Vorgehen in der Ukraine.<sup>1</sup>

Nach den ohnehin schon schwerwiegenden Folgen der Energiekrise in Bezug auf die Versorgungssicherheit in Deutschland, wird nicht nur die Blackout-Gefahr weiter erhöht. Auch die Energiekosten, die bereits ein inakzeptabel hohes Niveau erreicht haben, werden noch weiter steigen.

US-Präsident Biden lobt Deutschland für diese Entscheidung:

Durch Deutschlands Sanktionen gegen Russland wird Deutschland nämlich auch zukünftig teures Gas aus den USA importieren müssen. Die Gewinnspanne ist dabei zwischen kaum zwei anderen Ländern so hoch: Während 26,4 Kubikmeter in den USA zwischen 1,90,- und 3,80,- US-Dollar kosten, können sie in Deutschland für 27,20 Dollar verkauft werden (Stand Dezember 2021), was einem Gewinn von 1300% entspricht.<sup>2</sup>

Noch 2018 drohte die amerikanische Regierung Sanktionen zu erheben, sollte Deutschland an seinem Nordstream 2-Vorhaben festhalten, da man das in den USA durch Fracking gewonnene Gas zu Höchstpreisen nach Europa und Deutschland verkaufen wollte. Mit dem vergleichsweise günstigen Gas aus Russland hätte man da nicht mehr mithalten können.<sup>3</sup>

Dieses Problem hat sich also vorerst erledigt – selbst verhängte man dagegen noch keine größeren Sanktionen, die der eigenen Wirtschaft schaden könnten: Russland ist der drittgrößte Öllieferant der USA.

1 Tagesschau vom 22.02.22 „Genehmigung von Nord Stream 2 gestoppt“

2 Focus Online vom 29.12.21 „Deutschlands Zoff mit Putin beschert US-Gasindustrie das Geschäft ihres Lebens“

3 Focus Online vom 22.09.18 „Putin will Nord Stream 2 im Fall von US-Sanktionen komplett finanzieren“



25. Februar 22

## **Krieg in Europa: Das diplomatische Versagen im Ukraine-Konflikt**

Nachdem Putin jahrelang provoziert wurde, indem Abmachungen des Minsker Abkommens nicht eingehalten und NATO-Grenzen weiter in seine Richtung verschoben wurden, gipfelten die „diplomatischen“ Bemühungen nun in westlicher Kriegs-Rhetorik und Sanktionen.

Das alles rechtfertigt keinen Krieg, und ist genauso zu verurteilen wie die kriegerischen Einmischungen der USA und der NATO nach der Wiedervereinigung innerhalb Europas oder dem Nahen und Mittleren Osten.

Deeskalation wäre nun geboten, doch in der aktuellen Lage zeigt sich einmal mehr die Unfähigkeit, Doppelmoral, mangelnde Sensibilität und Erfahrung unserer Regierung, während in der Presse und

den Sozialen Medien bereits kriegstreibende Propaganda in Form von Fake News die Runde macht.<sup>1</sup>

Nun ist das Kind in den Brunnen gefallen, und die Welt befindet sich „in Schockstarre“. Menschen sterben, Leidtragende sind die Bewohner in den Kriegsgebieten, Gewinner nur diejenigen, die aus verschiedenen Gründen wirtschaftlich davon profitieren.

Deutschland droht währenddessen weiter mit Sanktionen in Form wirtschaftlicher Selbstzerstörung.

Nachdem offensichtlich niemand so richtig einschätzen kann, wie weit der russische Präsident gehen wird, überlegt Verteidigungsministerin Lambrecht, Reservisten einzuberufen, um „bei den bevorstehenden und sich voraussichtlich ausweitenden Einsätzen der Bundeswehr in Osteuropa die Durchhaltefähigkeit zu gewährleisten.“<sup>2</sup> Angesichts der Tatsache, dass die Bundeswehr in kritischem Zustand bezüglich ihrer Ausrüstung, Infrastruktur und Personal ist, kann man nur hoffen, dass dieser Fall nie eintreten wird. In der Vergangenheit setzte man andere Prioritäten: Immerhin sorgte man aber in den vergangenen Jahren für schwangerentaugliche Schützenpanzer und „Diversity“.

1 Stern Video vom 25.02.22 „Krieg in der Ukraine: Fake-Videos im Umlauf – diesen Clips dürfen Sie nicht glauben“

2 KSTE online vom 24.02.22 „Ukraine-Konflikt Bundeswehr will möglicherweise Reservisten einberufen“

# BUNDESTAG

## 12. Februar

Am Vortag der Wahl des neuen Bundespräsidenten: Die Bundesversammlung wird von Covid-Maßnahmen überschattet: Der Reichstag ist von Testzelten verstellt, im Wahlraum ist persönlicher Kontakt nicht erwünscht.



## 13. Februar 22

Sehen Sie hier mein Video zur Bundespräsidentenwahl: <https://www.facebook.com/watch/?v=654146715800185>



## 13. Februar 22

Bundesversammlung in Berlin - mit meinem Kollegen Klaus Stöber bin ich im zweiten rang des Paul-Löbe-Hauses, das sich langsam füllt. Ich bin der Meinung, daß der Bundespräsident - wie z.B. in Österreich - vom Volk gewählt werden soll. Jedenfalls werden wir dem einzigen bürgerlichen, freiheitlichen und partiotischen Kandidaten unsere Stimme geben: Max Otte



# BUNDESVERSAMMLUNG

WAHL DES BUNDESPRÄSIDENTEN IN BERLIN



16. Februar 22

Kurz-Knapp-Kaufmann heute aus dem Bundestagsbüro zum Thema Energiepreise, Inflation & Impfpflicht:

<https://www.facebook.com/watch/?v=461125115724827>



17. Februar 22

Heute im Bundestag:

Unser Antrag zur Abschaffung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Ergebnis: Der Antrag wurde zur weiteren Diskussion in Ausschüsse überwiesen.

<b>TOP 16</b>	
<b>Einrichtungsbezogene Impfpflicht, Fachkräftemangel</b>	
Es spricht:	
<b>René Springer, AfD</b>	
Es folgen:	
<b>Heike Engelhardt, SPD</b>	<b>5 Minuten</b>
<b>Diana Stöcker, CDU/CSU</b>	<b>4 Minuten</b>
[ ]	



# KOMMENDE TERMINE IM MÄRZ (WIRD LAUFEND AKTUALISIERT)

04. März

18 Uhr: Bericht aus dem Bundestag mit Prof. Dr. Kaufmann, Martin Reichardt, Jan Wenzel Schmidt

**FÜR SIE VOR ORT:**

**JENA** (geplant 2022)

Rudolf-Breitscheid-Str. 4

**KAHLA** (ab 01.04.2022)

**SAALFELD**  
Brudergasse 6  
Tel.: 03671 5 23 23 48

**NEUSTADT / ORLA**  
Puschkinplatz 6  
Tel.: 036481 84 69 64

**SONNEBERG** (geplant 2022)



Prof. Dr.-Ing.  
**Michael Kaufmann**, MdB  
[www.Kaufmann-Michael.de](http://www.Kaufmann-Michael.de)



[www.kaufmann-michael.de](http://www.kaufmann-michael.de)  
[Michael.Kaufmann@afd-thueringen.de](mailto:Michael.Kaufmann@afd-thueringen.de)

[@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)  
[@KaufmannAfD](https://www.instagram.com/KaufmannAfD)

[@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)  
[t.me/KaufmannAfD](https://t.me/KaufmannAfD)

V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

[WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE](http://WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE)

